



Selbstabschreckung – kaum Prävention – Schwäche der Sanktionen

Dr. Klaus Olshausen

März 2024

Zusammenfassung

Seit Beginn des Angriffskrieges ist in westlichen Staaten und insbesondere in Deutschland Selbstabschreckung eine feste Größe. Gerade auch beim Bundeskanzler tritt sein öfter geäußerter politischer Zweck (Russland muss sich zurückziehen) in Konkurrenz zur Sorge, in den militärischen Krieg hineingezogen zu werden. Wenn in der „lebendigen Reaktion“ zwischen Angreifer und Verteidiger vor lauter Sorge, wie der Gegner reagiert, der eigene politische Zweck und die dafür notwendigen Mittel nicht vorrangiger Richtpunkt sind, wird die Niederlage zur self fulfilling strategy. Dazu kommt, dass auch der Schutz der Republik Moldau nicht verstärkt wird, um Übergriffe aus Transnistrien oder mehr abzuschrecken. Betrachtet man zusätzlich, dass der „hohe Preis“ durch Sanktionen, selbst im Energiebereich, nicht wirksam ist, bleibt als Fazit: Selbstabschreckung, kaum Prävention und schwache Sanktionen gefährden das Überleben der Ukraine und verfehlen das Stoppen des Aggressors – jetzt – eine entscheidende Voraussetzung, um die regelbasierte internationale Ordnung der Charta von Paris wiederherzustellen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Als Bürger der Europäischen Union liest man von der vorbehaltlosen Unterstützung der Ukraine und der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen. Russland darf nicht gewinnen, wird ständig ausgesprochen, und die Ukraine – so weiter – soll ihr Territorium wieder zurückerhalten.

Mehrfach habe ich deutlich gemacht, dass die militärische und politische Unterstützung für diese politischen Zwecke nicht ausreichend ist. Und so finden sich ukrainische Streitkräfte zurzeit unter hohem Druck russischer Vorstöße und das ganze Land unter maßloser Zerstörung aus der Luft. Alle erkennen, dass die militärische Unterstützung zu gering und zu stark verzögert bleibt.

Das ist umso schwerwiegender, wenn alle anerkennen, dass die Menschen in der Ukraine auch unsere Freiheit und Sicherheit verteidigen. Ich will nicht wiederholen, was alles fehlt, und es wird leider auch noch dauern, bis die vom tschechischen Präsidenten identifizierte Artilleriemunition von 800.000 geliefert sein wird.

Bei allem Handeln im Westen war – und ist – Selbstabschreckung eine feste Größe. Der politische Zweck (Russland muss sich zurückziehen) tritt gerade auch beim Bundeskanzler in Konkurrenz zur Sorge, in den militärischen Krieg hineingezogen zu werden. Für die Ukraine ist es enttäuschend anzusehen, wie in Deutschland Streit über die sinnvolle Unterstützung mit TAURUS tobt, wenn Lawrow und Medwedew über Telegram o.ä. Kanäle drohen, anstatt endlich ihren verzweifelt kämpfenden Truppen zu helfen, mit Raketen die Nachschubwege der russischen Streitkräfte von und über die Krim wirksam zu lähmen.

Wer die Stimmung im eigenen Land gegen eine notwendige Entscheidung in Anspruch nimmt, drückt sich vor einer risikoreichen Aufgabe in diesem Angriffskrieg. Er hat aber vor allem versäumt, seiner Bevölkerung klar zu machen, dass das Risiko der Niederlage die Länder in Europa real äußerst hart treffen wird, da der Aggressor zum Fortschreiten ermuntert wird. Mit dem beherrschbaren Risiko des Einsatzes von TAURUS MFK auf die Zentren von Nachschub und Führung der Russen im besetzten Gebiet, kann ein wesentlicher Schritt erfolgen, die Niederlage der Ukraine abzuwenden und die Chance zu erhalten, Russland aus der Ukraine zurückzudrängen.

Aufgrund dieser Sachverhalte und der steigenden Kriegswirtschaft in Russland steigt die Gefahr, dass es russischen Streitkräften gelingt, weitere ukrainische Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Zurzeit liegen die taktischen russischen Angriffe vor allem an der Front im Osten. Aber jüngste Aussagen und Bitten aus Transnistrien an Russland müssen im Westen die Aufmerksamkeit auf erneutes russisches Vordringen gegen den Raum Mykolajiw und Odessa lenken.

Es war ein entscheidender Erfolg der Ukraine zu Beginn des Krieges, russische Anlandungen vom Schwarzen Meer auf die Region Odessa und Vorstöße zu Land auf Mykolajiw abzuwehren. Und bisher hat es die Ukraine ohne eigene Seestreitkräfte geschafft, die russische Schwarzmeerflotte aus dem westlichen Schwarzen Meer fernzuhalten. Das ist ökonomisch für die Ukraine eine Lebensader v.a. zum Transport ihres Getreides trotz der Aufkündigung des Abkommens durch Russland.

Die Staaten von NATO und EU haben also noch die Möglichkeit, praktische Krisenprävention zu leisten, um Russland von jedem Angriff – hybrid oder konventionell – auf Moldau abzuschrecken. Das gilt insbesondere auch für denkbare Aktivitäten der 1500 russischen Truppen in Transnistrien. Nach den Erfahrungen mit russischen Leugnungen jeder Invasionsabsicht bis zum 23. Februar 2022, dürfen die Staaten von NATO und EU jetzt solche erneuten Aussagen aus Moskau zu Moldau nicht für bare Münze nehmen.



Direkt und über die EU Partnership Mission sowie das NATO Liaison Office in Moldau sollten die Staaten mit der Regierung in Chisinau Maßnahmen zur Verstärkung der Abschreckung besprechen und treffen. Dazu sind weitere Lieferungen an Waffen und Material geeignet, um die zivile und militärische Resilienz zu steigern, insbesondere aber auch ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die 1500 russischen Truppen nicht in Moldau „havoc laufen“ können.

Prof. Dr. Sven Biscop, Direktor am EGMONT Royal Institute for International Relations, erinnert die EU-Staaten zurecht daran, dass (schon) der Kandidatenstatus faktisch die geopolitische Situation verändert. Und er fährt fort, „wer nicht willig ist, seine Kandidaten zu verteidigen, sollte sie nicht aufgenommen haben“. Zusätzlich sollten auch zivil-militärische Übungen vorbereitet werden, die über die Beratung der nationalen Kräfte hinausreichen.

Sind die Gegebenheiten schwierig, ja teilweise gefährdet, Russland in der Ukraine sowie in Moldau – oder auch im Kandidatenstaat Georgien – Paroli zu bieten, überrascht den Beobachter, dass Russland bisher nicht den vom „Westen“ vor dem Krieg laut angekündigten „hohen Preis von Sanktionen“ zahlen muss, der Russland ursprünglich von seinem Überfall überhaupt hatte abschrecken sollen. Nicht einmal mit und nach 13 Sanktionspaketen der EU und anderer Staaten ist die (kriegs-) wirtschaftliche Basis – weder finanziell noch technologisch – so eingeschränkt, dass das kriegerische Handeln Russlands beschränkt wird oder gar sichtbar zurückgeht.

So setzen Iran und Nordkorea massive militärische Unterstützung Russlands fort und haben offensichtlich nicht einmal Sorge vor strengeren Sanktionen aus EU und anderen Staaten. Auch die Schließung von Sanktionslücken und das Ausweichen über Drittstaaten wird seit längerem besprochen, ist aber bisher ohne machtvolle Durchsetzung.

Und führt dies den Beobachter schon zum Kopfschütteln, schlägt ein Bericht von ARD-Monitor am 7. März dem Fass sprichwörtlich den Boden aus. Dass zwei Jahre nach Kriegsbeginn immer noch russisches Gas und Öl über zwei Pipelines nach Ungarn und Südosteuropa gelangen, war bekannt. Dass es noch nicht gelungen ist, dies mittels anderer Lieferungen zu beenden, wird schamhaft verschwiegen. Schon damit wird Putins Raubzug mitfinanziert.

Aber die Krone der Unverfrorenheit liegt darin, dass Russland zunehmende Zahlen von LNG-Eisemeerschiffen nutzt, um LNG u.a. nach Belgien, Frankreich und Spanien zu transportieren. 12 Mrd. Euro zahlen EU-Staaten damit in Putins Kriegskasse, auch für weitere Munition gegen die Ukraine. Dass die Länder in den Häfen Russland auch noch das Umladen auf preiswertere Schiffe für den Weitertransport in die Welt ermöglichen, mag der Beobachter gar nicht glauben.

Fazit: Selbstabschreckung, kaum Prävention und schwache Sanktionen gefährden das Überleben der Ukraine und verfehlen das Stoppen des Aggressors – jetzt – als entscheidende Voraussetzung zur Wiederherstellung der regelbasierten internationalen Ordnung der Charta von Paris.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen